

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung Oktober 2018

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Aufbau Ost -besorgniserregenden Entwicklungen Mecklenburg-Vorpommerns im wirtschaftlichen Angleichungsprozess entgegenreten** **[\(7/2680\)](#)**

Bei vielen wichtigen Kennzahlen steht Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zwischen den Bundesländern im Tabellenkeller. Ob in der Arbeitslosenstatistik, bei der Höhe der durchschnittlichen Einkommen, beim Bruttoinlandsprodukt, beim Anteil am verarbeitenden Gewerbe an der Bruttowertschöpfung, bei privaten und öffentlichen Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Innovationen oder auch bei der Ansiedlung von jungen Unternehmen und Start-Ups. Doch anstatt die Probleme anzugehen, versucht die Landesregierung diese schön zu reden. Anstatt in die Zukunft zu investieren wird übermäßig viel Geld gehortet. Deshalb fordern wir:

- mehr Engagement für die Anhebung des Lohnniveaus - der Vergabemindestlohn muss mindestens an die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder gekoppelt werden
- angemessene Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen
- mehr Investitionen in die Zukunftsthemen Bildung, Digitalisierung und Mobilität
- mehr Mut, innovative Wege in der Wirtschafts- und Förderpolitik zu gehen
- die Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Zukunftspaktes als Nachfolgeprojekt zum Bündnis für Arbeit und dessen konsequente Ausrichtung auf die Zukunftsthemen des Landes im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern

## **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auch in Mecklenburg- Vorpommern umsetzen** **[\(7/2674\)](#)**

Beim Klimaschutz ist es kurz vor 12. Die kommenden Jahre sind entscheidend, ob das vereinbarte Ziel, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, erreicht werden kann. Dazu muss auch in Mecklenburg-Vorpommern endlich nachhaltiger gehandelt und mehr für den Klimaschutz getan werden. Bis heute gehört M-V zu den wenigen Bundesländern, die keine eigene

Nachhaltigkeitsstrategie besitzt und auch nicht gewillt ist, die Ziele der Bundesregierung mit Maßnahmen zu unterstützen. Deshalb fordern wir:

- eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie mit einem Fortschrittsbericht in jeder Legislatur
- Nachhaltigkeit und Klimaschutz muss ein Staatsziel in der Verfassung werden
- Kooperation bei Maßnahmen und Projekten für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz zwischen den norddeutschen Ländern

### **Soziale Wohnraumförderung des Landes aufstocken und langfristig sichern (7/2675)**

Während SPD und CDU lediglich prüfen wollen, gegebenenfalls etwas an der Wohnraumförderung des Landes zu ändern, wollen wir Nägel mit Köpfen machen. Minister Pegel kündigte an die Richtlinie für den sozialen Wohnungsbau so zu ändern, dass neben bedürftigen auch Haushalte mit mittleren Einkommen einziehen können. Geliefert hat er bisher nicht, wir fordern erneut, endlich die Änderung auf den Weg zu bringen.

Wir wollen das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ausweiten und deutlich mehr Menschen von Wohnkosten entlasten. Dafür ist die Förderung zu erhöhen. Wir wollen, dass endlich alle für die soziale Wohnraumförderung bereitgestellten Bundesmittel auch wirklich dafür eingesetzt werden. Auch sollen die Rückflüsse aus Darlehen der Wohnraumförderung früherer Jahre wieder für die soziale Wohnraumförderung und nicht für andere Zwecke eingesetzt werden. Und Ausgabereste von Fördermitteln, die in Vorjahren nicht ausgegeben wurden, sollen ab sofort eingesetzt werden dürfen, nicht erst ab 2020.

### **Transparenz bei der Förderung der freien Wohlfahrt herstellen (7/2677)**

Die bisher geltenden Kriterien, um eine Landesförderung zu erhalten, reichen offensichtlich nicht aus, um den Einsatz der Mittel im Sinne des Förderzweckes sicherstellen zu können.

Auch die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ (ITZ) erscheint allein nicht ausreichend für den Nachweis des Förderbedarfes, da fünf der 10 Punkte auch jetzt schon Bestandteil der Antragsstellung sind und es sich um eine Verpflichtung handelt, die jetzt im Landesrecht umgesetzt werden muss – auch um Gleichheit gegenüber allen Antragstellenden herzustellen.

Deshalb sollen künftig zusätzlich die Offenlegung der Wirtschaftspläne und die Darstellung der wirtschaftlichen Aufbaustruktur sowie der unternehmerischen Verflechtungen Voraussetzung für eine Förderung sein.

Dies erscheint auch notwendig, um weiteren Schaden von der Wohlfahrt in Deutschland und M-V abzuwenden und gleichzeitig die tatsächlichen Finanzierungsbedarfe offenzulegen und darzustellen zu können.

### **Arbeitsmarktpolitische Weichen im Bund und in M-V richtig stellen** [\(7/2676\)](#)

Das neue Teilhabechancengesetz des Bundes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Um seine Wirksamkeit zu erhöhen, sollten die zahlreichen Anregungen von Arbeitsmarktakteuren und Bundesrat im weiteren Gesetzgebungsverfahren Beachtung finden. Darüber hinaus muss die Unterfinanzierung der Jobcenter beendet werden. Die Regelsätze nach dem SGB II sind nicht bedarfsgerecht und müssen erhöht werden. Die Sanktionen sind bürokratisch und daher abzuschaffen. Vielfach verbleiben zudem auf die Grundsicherung angewiesene Menschen auch in M-V über Jahre im System. Daher steht auch die Landesregierung in der Pflicht, Arbeitslosigkeit und deren Folgen zu bekämpfen.

### **Integration von Migrantinnen und Migranten nicht gefährden** [\(7/2678\)](#)

Die bestehende Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden über die Finanzierung der Integrationskosten in den Kommunen endet zum 31.12.2018. Je später eine neue Vereinbarung zustande kommt, desto größer ist die Gefahr, dass sich erfahrenes, qualifiziertes Personal auf andere Arbeitsplätze bewirbt, damit für die Integrationsarbeit verloren geht und zudem notwendige Hilfeprojekte wegbrechen. Die Landesregierung will lediglich eine formelle Fortschreibung, die kommunalen Landesverbände hingegen streben eine qualifizierte Fortschreibung an, die an den Erfordernissen ausgerichtet ist.

### **Missbrauchsoffer unterstützen – Missbrauch in der Katholischen Kirche rückhaltlos aufklären und Verjährungsfristen ausweiten** [\(7/2679\)](#)

Seit Jahren werden Fälle sexuellen Missbrauchs in der Katholischen Kirche öffentlich. Die aktuelle und unvollständige Studie „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“ und der Umgang mit dieser durch die Katholische Kirche zeigen, dass eine Aufklärung unabhängig erfolgen muss. Grundsätzlich trifft auf viele Opfer sexuellen Missbrauchs zu, dass sie sich oft erst Jahre später dazu in der Lage sehen, sich zu ihrem Missbrauch zu äußern und gegen die Täter auszusagen, weshalb eine Verlängerung der Verjährungsfrist dringend erforderlich ist.

**Interfraktioneller Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BMV: Segeln, Kanu, Triathlon - Erhalt der Bundesstützpunkte für Spitzensport in Mecklenburg - Vorpommern unverzichtbar [\(7/2669\)](#)**

Mecklenburg-Vorpommern hat in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, um diese langjährig als Bundesstützpunkt Nachwuchs dienenden Leistungszentren zu erweitern bzw. zu modernisieren. Die Existenz von Bundesstützpunkten ist wichtig, damit Spitzensportlerinnen und Spitzensportler im Land unter optimalen Bedingungen trainieren können; insbesondere kommt ihnen bei der Nachwuchsförderung bis hin zum Breitensport in Mecklenburg-Vorpommern eine entscheidende Bedeutung zu. Die Regelung, den Stützpunkten eine Art Galgenfrist einzuräumen, um ihre Existenz durch Medaillengewinne zu rechtfertigen, geht an der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Spitzensports vorbei und schiebt den Schwarzen Peter zu Aktiven und Trainern. Eine Nichtanerkennung der betreffenden bisherigen Bundesstützpunkte wäre ein schwerer Rückschlag für die betroffenen Sportarten und hätte darüber hinaus negative Auswirkungen auf den gesamten Bereich des Nachwuchsleistungs- und Spitzensports im Land.